

## **Gewalt darf keine Chance haben**

Utl.: Bodensee-Sicherheitsgespräch in St. Gallen =

St. Gallen (VLK) - Immer mehr jugendliche Gewalttäter, immer mehr Gewalt gegen die Polizei: Gewalt darf nicht sein. Die für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Regierungsmitglieder und Staatssekretäre der Bodensee-Anrainerländer verabschiedeten heute, Montag, in St. Gallen ein Manifest gegen Gewalt. "Wir wollen die Zusammenarbeit im Kampf gegen Gewalt weiter verstärken", so Vorarlbergs Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler. \*\*\*\*

Die sieben Länder der Euregio Bodensee (Fürstentum Liechtenstein, Vorarlberg, Bayern, Baden-Württemberg, Schaffhausen, Thurgau und St.Gallen) arbeiten in Sachen Sicherheit eng zusammen. Bei alljährlichen Bodensee-Sicherheitsgesprächen werden die jeweilige Sicherheitslage und der Koordinierungsbedarf geprüft.

Auch in der Euregio Bodensee musste ein Ansteigen des Gewaltniveaus festgestellt werden. Bedenklich sind zwei Phänomene: die wachsende Gewaltbereitschaft jugendlicher Täterinnen und Täter und die zunehmende Anwendung von Gewalt gegenüber der Polizei. In einem "St.Galler Manifest" verurteilen die Sicherheitsverantwortlichen der Bodensee-Anrainerländer Gewalt. Die Zusammenarbeit wird verstärkt. Die Bevölkerung soll für Gewaltdelikte sensibilisiert und aufgefordert werden, bei Gewaltakten und Vandalismus hin-statt wegzusehen. Die Polizeichefvereinigung Bodensee wurde beauftragt, gemeinsame Konzepte zu entwickeln. Die Organe der Strafverfolgung sollen Gewaltdelikte konsequent verfolgen und die jeweiligen nationalen Rechtsgrundlagen stringent anwenden.

Die Länder und Kantone tauschen Informationen im Rahmen der gegebenen rechtlichen Möglichkeiten aus. Bei den Zusammenkünften der Polizeiverantwortlichen rund um den Bodensee soll das Thema Gewalt regelmässig als Tagesordnungspunkt erscheinen. Weitere grenzüberschreitende Massnahmen sind zu prüfen, insbesondere in den Bereichen

Extremismus, Hooliganismus und fremdenfeindliche Gewalt.

Bereits heute tragen verschiedene kooperative Massnahmen der Länder der Euregio Bodensee zur Sicherheit der Bevölkerung bei: die Erarbeitung eines gemeinsamen Sicherheitslagebildes zur gezielten Reaktion auf grenzüberschreitende Kriminalitätsentwicklungen, die Durchführung gemischter Streifen verschiedener Länder, die initiierte gemeinsame Aus- und Fortbildung sowie der rasche Informationsaustausch.

Die Regierungsvertreter sind sich weiter einig, dass entschlossen gegen den illegalen Betäubungsmittelhandel vorzugehen ist. Allerdings ergibt sich dabei die Schwierigkeit, dass auf nationaler Ebene in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein eine Entkriminalisierung im Cannabisbereich angestrebt wird, während die Länder Vorarlberg, Bayern und Baden-Württemberg konsequent den Weg von Prävention, Suchthilfe und Repression gehen. Als problematisch erachtet wird das Nebeneinander verschiedener Konzepte auf engem Raum. Vorarlberg, Bayern und Baden-Württemberg sprachen ihre Sorge über die angestrebte Liberalisierung in der Schweizer Drogenpolitik im Hinblick auf allfällige grenzüberschreitende Auswirkungen aus. Regierungsrätin Karin Keller-Sutter (St. Gallen) betonte, dass die Gesetzesänderungen auf Bundesebene mit einer allfälligen Liberalisierung im Betäubungsmittelbereich in einem sehr frühen Stadium stehen.

(so/gw,nvl)

~

Rückfragehinweis: Landespressestelle Vorarlberg

Tel.: 05574/511-20137

Hotline: 0664/625 56 68 oder 625 56 67

mailto:presse@vorarlberg.at

http://www.vorarlberg.at/presse

~

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER  
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS \*\*\*

~

OTS0135 2003-07-07/16:29

~

071629 Jul 03

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20030707\\_OTS0135](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20030707_OTS0135)